

Pressemitteilung

Osnabrück, 08.01.2019

Mehr Moralkeulen gegen Miethaien!

Zu den Äußerungen des Oberbürgermeisters Griesert am gestrigen Handgiftentag bezüglich des privaten Wohnungskonzerns Vonovia, erklären die Ratsmitglieder der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Die Naivität unseres Oberbürgermeisters ist unbegreiflich. Die negativen Berichte über die Geschäftspraxis des Wohnungskonzerns als Einzelfälle abzutun und ansonsten auf das angeblich rein wirtschaftliche Verhalten hinzuweisen verkennt die Lage von vorne bis hinten!

Es handelt sich hier eben nicht um „mal eine falsche Abrechnung“ oder „hier und da mal ein Fehler“ - es ist die Geschäftspraxis dieses größten deutschen Miethais immer wieder in die rechtliche Grauzone der Renditejagd abzutauchen. Dabei wird scheinbar darauf spekuliert, dass sich die meisten Mieter*innen keinen Rechtsbeistand leisten können und eine- wie vom OB geforderte-gerichtliche Klärung ausbleibt.

Sich dann in seiner Handgiftenrede dafür zu schämen, dass diesem Konzern mit zu vielen Moralkeulen begegnet wird, finden wir völlig daneben.

Zeitgleich zu den Äußerungen des OB erschien in der NOZ ein Artikel über die viel diskutierten Mietpreise der Vonovia im Schinkel. Trotz großspuriger Ankündigen, bleibt die Vonovia dabei hier für Wohnungen des Baujahrs 1938 10,50 € für den Quadratmeter zu verlangen. Das ist ein Skandal! Diese unmoralische Geschäftspraxis hat System und nur das Ziel die maximale Rendite abzukassieren.

Es ist beschämend, dass der Wohnungsmarkt mittlerweile von solchen Akteur*innen bestimmt wird. Es ist beschämend, dass die drängendsten Probleme der Kommune eiskalt ausgenutzt werden um eine saftige Rendite einzufahren. Es ist beschämend, dass ein Oberbürgermeister da steht und solches Verhalten in Schutz nimmt! Es kann gar nicht genug Moralkeulen für dieses Verhalten geben!

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht weiter dem Markt und den Miethaien überlassen werden. Es braucht die kommunale Wohnungsgesellschaft um Wohnungen für unsere Bürger*innen abseits von kapitalistischer Verwertungslogik bereitzustellen.“